

Kommunikationspreis

In der Hauptredaktion oder den im Gebäude und den Vororten errichteten Redaktionen abzugeben: vierstelliger 4.50, bei unmittelbarer täglicher Auflösung des Post 4.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich: vierstellig 4.50. Durch die Post bezogen für Österreich: vierstellig 4.50. Dieses tägliche Abonnement kostet monatlich 4.50.

Die Morgen-Ausgabe kostet täglich 1.75 Pf., die Nachmittags-Ausgabe 5 Pf.

Redaktion und Expedition:

Schlesische Straße 6.

Die Expedition ist wochentlich geschlossen von Freitag bis Sonntag 7 Uhr.

Filialen:

Otto Stumm's Buchhandlung (Alfred Gehr), Universitätsstraße 1.

Louis Weise,

Großherrengasse 14, part. und Königsgasse 7.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Donnerstag den 1. December 1892.

Der erste Tag der Staatsdebatte im Reichstage.

Berlin, 30. November.

Der erste Tag der Staatsdebatte im Reichstage hat noch nicht gehabt, was die Nation von dieser herkömmlichen Gelegenheit, die Regierungspolitik im Allgemeinen zum Gegenstande der Erörterung zu machen, sich verpflichtet führt. Das Centrum, das zweit von den Parteien zu Worte kam, hatte vorerst vielleicht aus trügerischen Gründen, von der Vorstellung einer führenden Persönlichkeit abgelenkt, Herrn Grivini's Ausführungen gingen einträchtig am Haufe vorüber, es erregte nicht einmal Heiterkeit, als er nach dem Vorgange Dr. Liebigs den Posten als Schiedsrichter in den europäischen Streitigkeiten empfahl. Der ihm folgende Abgeordnete, seinem Wollen nach mehr zu Aufmerksamkeit und Auspräfung von Einzelheiten, als zu der zusammenfassenden Betrachtung eines Ganzen veranlagt, ließ große und selbst nur allgemeine Gesetzgebungsstücke vermissen. Da es dem Reichstanzler heute ebenso hauptsächlich darum zu thun war, Herr Richter zu überreden, verstand er sich von selbst, daß auch er sich überwiegend polemisch erging. Nur als er die Notwendigkeit einer Verlängerung der Krieze durchzuführen versuchte, erholte Graf Caprivi sehr zum Punktum. Von dem Reichskriegsminister Freiherrn von Moltzahn hätten wir fast so sprechen vergeben, obwohl er der ältere Redner war und zweimal sprach. Seine Plauderei war von der hergebrachten Dürftigkeit, nur daß in einem Augenblick, wo die Reichsregierung mit dem Verlangen dreierhafter Steuererhöhung im Betrag von etwa 60 Millionen Mark jährlich auf den Plan tritt, dieser Mangel deswegen überall empfunden werden magte. Der Abgeordnete Richter sprach wirklich dem ganzen Hause aus der Seele, als er dem Entwurf die Worte verlieh, man glaube eher einen halbdarstellerischen Calculator als den Chef eines Generalfestivals gehört zu haben.

Im größeren Ueberigen wird der deutschfreimärkische Führer wohl selbst kaum den heutigen Tag zu den vielen glücklichen rechnen, die er als wichtigster Parlamentsredner schon zu verzeichnen gehabt hat. Es trat denn doch zu deutlich hervor, daß die Rechte auf die Massen berechtigt war, und die Reklame, die wir später überwogen für die geforderte Rente (s. 25. im Waffenstreit billiger) in der "Reichs-Ztg." zu lesen kommen werden, schwieb fast während des ganzen Vortrages vor dem gespannten Auge des Zuhörers. Offenbar um den Absatz der Beschluße nicht zu verzögern, hielt sich der Bißgewandte zweimal an lange Aufzeichnungen — er nahm häufig ein formelles Repetito-Ressort vor Augen —, und dieser selbstaufgeriegte Zwang beeinträchtigte die freien Eingebungen, das gewöhnliche "Schlage", wenigstens qualitativ. Ein Hauptgebäude, den Herr Richter lange ausspann, war, daß Graf Caprivi in seiner "großen" Rede das Ausland förmlich eingeladen habe, uns jetzt, wo wir "alt, schwach und leise" seien, zu überfallen. Und da muß man zugestehen: es ist die verfehlte Art, wenn ein Großteil und Oppositionsführer gegen einen General und deutschem Reichsland mit Recht den Vorwurf erheben darf, daß Letzterer unterlaufen habe, im Auslande den Eindruck zu erhalten, daß wir zur Noth auch ohne die geplante (erst später zur Werbung gelangende) Heeresverstärkung einem Angriffe gewachsen seien. Nicht interessant, aber ganzlich wünschlos war die Eröffnung, daß gerade das Haupt der deutschfreimärkischen Partei sich herausstöhle, daß Wirt des Reichstanzlers von der Verweigerung der Rechte, während die Vorhaben ihr Blut gaben, zurückzuziehen. Dem gegenüber war es dem Grafen Caprivi ein Reichtum, an der Hand des deutschfreimärkischen Sündenregister den Mangel der fiktiven Berechtigung zu dem Hinweise auf früher für die Wehrkraft gebrachte Opfer darguthalten, und hier trug der Kämpfer auch einen kleinen Erfolg davon. Genauso, als er Herrn Richter eine allerzings überraschende Unkenntnis in

Dingen der Heeresverfassung nachweisen konnte. (Richter meinte, die Referenten behaupten aus Recherchen, während sie von Landwirten hören gebildet sind.)

In seinen Bemerkungen zum Rat eignete sich Herr Richter die alte Fortsetzung des Herrn v. Bemmisch nach einer verantwortlichen Reichsfinanzminister an, ein Bedürfnis, daß, allerdings ohne es zu wollen, er sich v. Malzahn schon vorher als ein schreckliches dargeboten hatte. Was Herr Richter über die Belastung der Bevölkerung durch die indirekten Steuern zu bemerken für gut hält, zeigt besonders deutlich, daß der Vortrag weniger auf das Parlament als auf die Rente berechnet war. Es ist eine demagogische Feststellung, wie sie selbst einen Befehl befehligen muß, wenn Herr Richter behauptet, die indirekten Steuern beschweren das Volk derart, daß der gemeine Mann, der fünf Kinder zu ernähren hat, 35 Tage im Jahre arbeiten müßt, nur um den auf ihn entfallenden Steuerbetrag zu verdienen! "Wring's keine Rente, so bringt's doch — Mandate!" Graf Caprivi war höchst gereizt, als er sich zu der Erwiderung erhob; er begannete dem deutschfreimärkigen Kämpfer einen Angriff bei dem Kaiser gegeben hat, in der die politische Lage im Reich und in Europa, wie sie tatsächlich durch die Militärvorlage geändert worden ist, und die folgerichtigste Möglichkeit einer Wissenskrise zum Gegenstand der Unterhaltung gemacht worden sei soll.

Umgekehrt ist es ja nicht, daß der Kaiser mit Herrn v. Bemmischer über die Lage sich unterhalten hat. Aber daraus den Schluß zu ziehen, daß eventuell der chemische preußische Minister des Innern berufen sein werde, im neuen Jahr eine Rolle am Steuer zu spielen, erscheint uns doch allzu lächerlich.

Man ist ja wahrscheinlich an alterer Überzeugungen gewohnt worden, aber wenn der Kaiser eine Einigung über die Wirtschaftsfrage müßt, so kann es kaum in seiner Absicht liegen, bei einer eventuellen Kanzlerwahl einen Politiker zu berufen, mit dem der Reichstag noch schwerer sich verständigen könnte, als mit dem Grafen Caprivi. Berücksichtigt macht dieser nicht den Eintritt eines Mannes, der sich auf den Rücktritt vorbereitet.

Daß Wirschwirtheit die Nachrichten über den Ausgang der parlamentarischen Krisis immer noch kann durch einander. Während die Einen im Felde der Haltung des Großen Taaffe nichts mehr erachten und den Bruch zwischen der Regierung und den vereinigten deutschen Finken als unheilbar erklären, behaupten Andere, daß die einsinnige Haltung der Finken nicht ohne diesen Einfluß auf die leidenden Finken geblieben sei, um die abgedrohten Beziehungen zur Finnen wieder anzuflügen, um für Remarhandlungen zu gewinnen und über die Krise vorläufig wegzukommen. Graf Taaffe betreibe selbst den Plan, die Budgetberatung abzubrechen und das nach wenigen Jahren zu verfügen. Dazu betrübt er über der Benennung eines Budgetprovisoriums und eines Steueraufhebungsgesetzes. Die einfache Wehrheit hierfür sei ihm sicher, aber die Geschäftswelt würde ein Hindernis, da sie zur Absehung der auf der Tagessitzung befindlichen Sitzungen die Ausweitung ihrer Rechte verlangt. Die Finken seien schon auf den Plan gekommen; Finnen wiederum noch, dürfte aber höchstlich zustimmen. Die Entscheidung hänge vom Hohenwartschab ab, der lebhaftesten Widerstand erdenke dürfte. Den Deutschen die Regierung und die Bevölkerung, daß Finnen Eindringung verhindern könnten, derartig verhindern. Es möggt nun zunächst abgewartet werden, ob diese Angaben sich bestätigen. Möglicherweise ist Graf Taaffe im letzten Augenblick durch den Starthilfes des Jungzögern zum Einsteigen in ein anderes Fahrzeugen bewogen worden. Denen Urgan "Kardinal" willst' mich hänslich, daß der Jungzögernclub beschlossen habe, bei Beratung des Dispositionsfonds vollständig im Abgeordnetenkabinett zu erscheinen und gegen den Dispositionsfonds zu stimmen, welcher dann mit 165 gegen 147 Stimmen fallen werde. Weiter wird gemeldet, man erwarte in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Erklärung des Großen Taaffe, in welcher er

betont, daß die verbündeten Regierungen auf diese Vorlage legen, aber trotzdem hätte man erwartet, daß der Kaiser den Präsidium des Reichstags gegenüber nochmals der Hoffnung auf Annahme der Vorlage Ausdruck geben werde. Daß das unterblieben ist, geht zu allerhand Gerüchten Veranlassung, von denen jedoch nur das eine Erwähnung verdient, daß der Kaiser es vermieden wolle, sich persönlich bei seinem Staat für die Vorlage in ihrer jetzigen Form zu engagieren. Diese Annahme erhält eine gewisse Unterstützung durch den in der Thronrede angekündigten Bausch, so möge sich eine "Einigung" herbeiführen lassen. Man kann mir wünschen, daß diese Deutung des Schwierigen des Kaiser über die Militärvorlage dem Empfange des Reichstagspräsidenten die richtige ist. Ist sie so richtig, so bleibt es eine offene Frage, ob Graf Caprivi auf seinem Posten bleiben kann, wenn wesentliche Veränderungen mit der Vorlage vorgenommen werden. Vielleicht wird es beweisen. Eine Privatankündigung des "B. Jg." berichtet sogar:

"Ein vertrauenswürdiger Sein wird dem Reichstag mitgeteilt, daß der Oberpräsident von Bonn, von Bismarck, höchstlich einen Antrag bei dem Kaiser gestellt hat, in der die politische Lage im Reich und in Europa, wie sie tatsächlich durch die Militärvorlage geändert worden ist, und die folgerichtigste Möglichkeit einer Wissenskrise zum Gegenstand der Unterhaltung gemacht worden sei soll."

Umgekehrt ist es ja nicht, daß der Kaiser mit Herrn v. Bismarck über die Lage sich unterhalten hat. Aber daraus den Schluß zu ziehen, daß eventuell der chemische preußische Minister des Innern berufen sein werde, im neuen Jahr eine Rolle am Steuer zu spielen, erscheint uns doch allzu lächerlich.

Man ist ja wahrscheinlich an alterer Überzeugungen gewohnt worden, aber wenn der Kaiser eine Einigung über die Wirtschaftsfrage müßt, so kann es kaum in seiner Absicht liegen, bei einer eventuellen Kanzlerwahl einen Politiker zu berufen, mit dem der Reichstag noch schwerer sich verständigen könnte, als mit dem Grafen Caprivi. Berücksichtigt macht dieser nicht den Eintritt eines Mannes, der sich auf den Rücktritt vorbereitet.

Die Grundidee der Wissenskrise über den Einfluss vorlegen will. Lange kann und wird die Unwissenheit über den Ausgang der Krise nicht mehr dauern.

In Paris stehen die Dinge seit gestern noch auf dem alten Niveau. Für Ministranten, die dort mit wunderbarem Schnelligkeit auf einander folgen, existiert bereits ein bestimmtes Herkommen, das auch dieses Mal genau befolgt wird. Präsident Garat bereitete sich mit Besset und den Vorsitzenden des Senats und der Deputiertenkammer und lud dann Bismarck zu Fuß, um ihm die Bildung des neuen Cabinets anzubieten. Gewißlich dem Herkommen entsprechend, erwiderte Bismarck, er möchte sich sehr mit seinen Freunden beschäftigen. Anzuhören mag er sich entschlossen haben, denn an ihm ergangen Aufruf zu entwischen, da seine Parteifreunde verschworen, Bismarck sei auszuschließen, ein Cabinet zu bilden, selbst wenn die Bevölkerung gewisser Personen an dem neuen Ministerium, welche Bismarck erwartet habe, unvertrieben sollte. Das Cabinet wurde jedoch erst im Laufe des heutigen Tages konstituiert werden können. Bismarck wurde vielmehr verhindert, Bismarck wurde zwar das Cabinet bilden, nicht aber selbst an dessen Spitze treten, vielmehr die eigentliche Leitung des Cabinets dem früheren Minister Bourgeois überlassen. Diese Idee hat aber bereits ein Teil der Pariser Presse mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Bourgeois sei als fehlerhafter Unterstaatssekretär wie Bismarck deutlich, wo gewissermaßen das Band für eine allgemeine Tugendbegeisterung befindet, unmöglich; ein Mann, der Bismarck vor der Panama-Kommission von der schweren Anklage entzogen wurde, welche ebenfalls auch gegen ihn selbst erhoben ist, sei regierungsfähig. Im Parlament spricht man von dem Weiberunterstütze von Coblet, Ledoux und Poët, sonst von Guizot in das Cabinet.

Das nicht von allen Seiten die Zustimmung des Generalskamts nach Konstantinopel mit günstigen Blicken betrachtet wird, betrifft wohl nicht sehr der anrüderliche Besicherung, ebensoviel, daß die Wissenskrise rasch bemüht gewesen ist, hinter das Geheimnis der Vorschläge des belgischen Ingenieurs zu kommen. Indes ist jetzt eine Erfolg, da seitens der offiziellen lüderlichen Kreis über den Inhalt des Sultan unterbreiteten Denkschriften des belgischen Generals strengste Amtsherausgegängen beobachtet wird. Umso mehr gilt es als ausgemacht, daß es vom General Bismarck angestrebtes Pläne von höchster strategischer Bedeutung sind und, wenn sie zur Durchführung gelangen sollten, aus der Dardanellenpolitik eine unermeßliche Stütze beider Unterstaaten werden, unmöglich; ein Mann, der Bismarck vor der Panama-Kommission von der schweren Anklage entzogen wurde, welche ebenfalls auch gegen ihn selbst erhoben ist, sei regierungsfähig. Im Parlament spricht man von dem Weiberunterstütze von Coblet, Ledoux und Poët, sonst von Guizot in das Cabinet.

Das nicht von allen Seiten die Zustimmung des Generalskamts nach Konstantinopel mit günstigen Blicken betrachtet wird, betrifft wohl nicht sehr der anrüderliche Besicherung, ebensoviel, daß die Wissenskrise rasch bemüht gewesen ist, hinter das Geheimnis der Vorschläge des belgischen Ingenieurs zu kommen. Indes ist jetzt eine Erfolg, da seitens der offiziellen lüderlichen Kreis über den Inhalt des Sultan unterbreiteten Denkschriften des belgischen Generals strengste Amtsherausgegängen beobachtet wird. Umso mehr gilt es als ausgemacht, daß es vom General Bismarck angestrebtes Pläne von höchster strategischer Bedeutung sind und, wenn sie zur Durchführung gelangen sollten, aus der Dardanellenpolitik eine unermeßliche Stütze beider Unterstaaten werden, unmöglich; ein Mann, der Bismarck vor der Panama-Kommission von der schweren Anklage entzogen wurde, welche ebenfalls auch gegen ihn selbst erhoben ist, sei regierungsfähig. Im Parlament spricht man von dem Weiberunterstütze von Coblet, Ledoux und Poët, sonst von Guizot in das Cabinet.

Das nicht von allen Seiten die Zustimmung des Generalskamts nach Konstantinopel mit günstigen Blicken betrachtet wird, betrifft wohl nicht sehr der anrüderliche Besicherung, ebensoviel, daß die Wissenskrise rasch bemüht gewesen ist, hinter das Geheimnis der Vorschläge des belgischen Ingenieurs zu kommen. Indes ist jetzt eine Erfolg, da seitens der offiziellen lüderlichen Kreis über den Inhalt des Sultan unterbreiteten Denkschriften des belgischen Generals strengste Amtsherausgegängen beobachtet wird. Umso mehr gilt es als ausgemacht, daß es vom General Bismarck angestrebtes Pläne von höchster strategischer Bedeutung sind und, wenn sie zur Durchführung gelangen sollten, aus der Dardanellenpolitik eine unermeßliche Stütze beider Unterstaaten werden, unmöglich; ein Mann, der Bismarck vor der Panama-Kommission von der schweren Anklage entzogen wurde, welche ebenfalls auch gegen ihn selbst erhoben ist, sei regierungsfähig. Im Parlament spricht man von dem Weiberunterstütze von Coblet, Ledoux und Poët, sonst von Guizot in das Cabinet.

Das nicht von allen Seiten die Zustimmung des Generalskamts nach Konstantinopel mit günstigen Blicken betrachtet wird, betrifft wohl nicht sehr der anrüderliche Besicherung, ebensoviel, daß die Wissenskrise rasch bemüht gewesen ist, hinter das Geheimnis der Vorschläge des belgischen Ingenieurs zu kommen. Indes ist jetzt eine Erfolg, da seitens der offiziellen lüderlichen Kreis über den Inhalt des Sultan unterbreiteten Denkschriften des belgischen Generals strengste Amtsherausgegängen beobachtet wird. Umso mehr gilt es als ausgemacht, daß es vom General Bismarck angestrebtes Pläne von höchster strategischer Bedeutung sind und, wenn sie zur Durchführung gelangen sollten, aus der Dardanellenpolitik eine unermeßliche Stütze beider Unterstaaten werden, unmöglich; ein Mann, der Bismarck vor der Panama-Kommission von der schweren Anklage entzogen wurde, welche ebenfalls auch gegen ihn selbst erhoben ist, sei regierungsfähig. Im Parlament spricht man von dem Weiberunterstütze von Coblet, Ledoux und Poët, sonst von Guizot in das Cabinet.

Das nicht von allen Seiten die Zustimmung des Generalskamts nach Konstantinopel mit günstigen Blicken betrachtet wird, betrifft wohl nicht sehr der anrüderliche Besicherung, ebensoviel, daß die Wissenskrise rasch bemüht gewesen ist, hinter das Geheimnis der Vorschläge des belgischen Ingenieurs zu kommen. Indes ist jetzt eine Erfolg, da seitens der offiziellen lüderlichen Kreis über den Inhalt des Sultan unterbreiteten Denkschriften des belgischen Generals strengste Amtsherausgegängen beobachtet wird. Umso mehr gilt es als ausgemacht, daß es vom General Bismarck angestrebtes Pläne von höchster strategischer Bedeutung sind und, wenn sie zur Durchführung gelangen sollten, aus der Dardanellenpolitik eine unermeßliche Stütze beider Unterstaaten werden, unmöglich; ein Mann, der Bismarck vor der Panama-Kommission von der schweren Anklage entzogen wurde, welche ebenfalls auch gegen ihn selbst erhoben ist, sei regierungsfähig. Im Parlament spricht man von dem Weiberunterstütze von Coblet, Ledoux und Poët, sonst von Guizot in das Cabinet.

Das nicht von allen Seiten die Zustimmung des Generalskamts nach Konstantinopel mit günstigen Blicken betrachtet wird, betrifft wohl nicht sehr der anrüderliche Besicherung, ebensoviel, daß die Wissenskrise rasch bemüht gewesen ist, hinter das Geheimnis der Vorschläge des belgischen Ingenieurs zu kommen. Indes ist jetzt eine Erfolg, da seitens der offiziellen lüderlichen Kreis über den Inhalt des Sultan unterbreiteten Denkschriften des belgischen Generals strengste Amtsherausgegängen beobachtet wird. Umso mehr gilt es als ausgemacht, daß es vom General Bismarck angestrebtes Pläne von höchster strategischer Bedeutung sind und, wenn sie zur Durchführung gelangen sollten, aus der Dardanellenpolitik eine unermeßliche Stütze beider Unterstaaten werden, unmöglich; ein Mann, der Bismarck vor der Panama-Kommission von der schweren Anklage entzogen wurde, welche ebenfalls auch gegen ihn selbst erhoben ist, sei regierungsfähig. Im Parlament spricht man von dem Weiberunterstütze von Coblet, Ledoux und Poët, sonst von Guizot in das Cabinet.

Das nicht von allen Seiten die Zustimmung des Generalskamts nach Konstantinopel mit günstigen Blicken betrachtet wird, betrifft wohl nicht sehr der anrüderliche Besicherung, ebensoviel, daß die Wissenskrise rasch bemüht gewesen ist, hinter das Geheimnis der Vorschläge des belgischen Ingenieurs zu kommen. Indes ist jetzt eine Erfolg, da seitens der offiziellen lüderlichen Kreis über den Inhalt des Sultan unterbreiteten Denkschriften des belgischen Generals strengste Amtsherausgegängen beobachtet wird. Umso mehr gilt es als ausgemacht, daß es vom General Bismarck angestrebtes Pläne von höchster strategischer Bedeutung sind und, wenn sie zur Durchführung gelangen sollten, aus der Dardanellenpolitik eine unermeßliche Stütze beider Unterstaaten werden, unmöglich; ein Mann, der Bismarck vor der Panama-Kommission von der schweren Anklage entzogen wurde, welche ebenfalls auch gegen ihn selbst erhoben ist, sei regierungsfähig. Im Parlament spricht man von dem Weiberunterstütze von Coblet, Ledoux und Poët, sonst von Guizot in das Cabinet.

Das nicht von allen Seiten die Zustimmung des Generalskamts nach Konstantinopel mit günstigen Blicken betrachtet wird, betrifft wohl nicht sehr der anrüderliche Besicherung, ebensoviel, daß die Wissenskrise rasch bemüht gewesen ist, hinter das Geheimnis der Vorschläge des belgischen Ingenieurs zu kommen. Indes ist jetzt eine Erfolg, da seitens der offiziellen lüderlichen Kreis über den Inhalt des Sultan unterbreiteten Denkschriften des belgischen Generals strengste Amtsherausgegängen beobachtet wird. Umso mehr gilt es als ausgemacht, daß es vom General Bismarck angestrebtes Pläne von höchster strategischer Bedeutung sind und, wenn sie zur Durchführung gelangen sollten, aus der Dardanellenpolitik eine unermeßliche Stütze beider Unterstaaten werden, unmöglich; ein Mann, der Bismarck vor der Panama-Kommission von der schweren Anklage entzogen wurde, welche ebenfalls auch gegen ihn selbst erhoben ist, sei regierungsfähig. Im Parlament spricht man von dem Weiberunterstütze von Coblet, Ledoux und Poët, sonst von Guizot in das Cabinet.

Das nicht von allen Seiten die Zustimmung des Generalskamts nach Konstantinopel mit günstigen Blicken betrachtet wird, betrifft wohl nicht sehr der anrüderliche Besicherung, ebensoviel, daß die Wissenskrise rasch bemüht gewesen ist, hinter das Geheimnis der Vorschläge des belgischen Ingenieurs zu kommen. Indes ist jetzt eine Erfolg, da seitens der offiziellen lüderlichen Kreis über den Inhalt des Sultan unterbreiteten Denkschriften des belgischen Generals strengste Amtsherausgegängen beobachtet wird. Umso mehr gilt es als ausgemacht, daß es vom General Bismarck angestrebtes Pläne von höchster strategischer Bedeutung sind und, wenn sie zur Durchführung gelangen sollten, aus der Dardanellenpolitik eine unermeßliche Stütze beider Unterstaaten werden, unmöglich; ein Mann, der Bismarck vor der Panama-Kommission von der schweren Anklage entzogen wurde, welche ebenfalls auch gegen ihn selbst erhoben ist, sei regierungsfähig. Im Parlament spricht man von dem Weiberunterstütze von Coblet, Ledoux und Poët, sonst von Guizot in das Cabinet.

Das nicht von allen Seiten die Zustimmung des Generalskamts nach Konstantinopel mit günstigen Blicken betrachtet wird, betrifft wohl nicht sehr der anrüderliche Besicherung, ebensoviel, daß die Wissenskrise rasch bemüht gewesen ist, hinter das Geheimnis der Vorschläge des belgischen Ingenieurs zu kommen. Indes ist jetzt eine Erfolg, da seitens der offiziellen lüderlichen Kreis über den Inhalt des Sultan unterbreiteten Denkschriften des belgischen Generals strengste Amtsherausgegängen beobachtet wird. Umso mehr gilt es als ausgemacht, daß es vom General Bismarck angestrebtes Pläne von höchster strategischer Bedeutung sind und, wenn sie zur Durchführung gelangen sollten, aus der Dardanellenpolitik eine unermeßliche Stütze beider Untersta

Silvanopol und nach dem Hause des Balland. Man berichtet, auf den Sultan habe eine Bemerkung des Generals besondere tiefe Eindrücke gemacht. Dieselbe lautete: „Der Schlüssel des Vertheidigungssystems der Türkei liegt in Bulgarien, und wenn die Störte sich aus Bulgarien verlassen kann, ist ihre Vertheidigung scherhaft.“

Einfürdernde Kreise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben bekanntlich schon seit längerer Zeit die Einwanderung mit scharfen Augen angesehen. Dieser Thatsache entspricht ein heute vorliegende bedenkliche Nachricht aus Washington, wonach, angeblich wegen Gefahr der Choleraepidemie der Cholera nach Amerika im kommenden Frühjahr, das Comité des Senats für die Einwanderung beschlossen hat, sich zunächst nur mit der Frage des vollständigen Verbotes der Einwanderung während eines Jahres zu beschäftigen. Offiziell liegt nun gegenwärtig die Sache so, daß von Seiten des Norddeutschen Lloyd die Förderung der eigentlichen Auswanderer völlig eingestellt werden ist. In Höhe der vorherigen Verhandlungen der Regierung der amerikanischen Regierung hinzußt des Personenvertrages ist sich der Norddeutsche Lloyd geneigt, von einer allgemeinen Zwischenabkommen vorläufig absehen und diese sowohl für die Schiedsgerichte als auch für die nach dem 3. December etwas eingetretenden Postdampfer nach New-York und Baltimore zu befrachten auf folgende Kategorien von Personen: 1) Amerikanische Bürger, die sich als solche anzweisen können, nebst ihren Frauen und Kindern; 2) Personen, die nachweislich bereits in Amerika waren und dort ihren Wohnsitz haben, nebst ihren Frauen und Kindern; 3) Frauen und Kinder, deren Männer oder Väter nachweislich in Amerika sind; 4) Touristen, d. h. solche Personen, die sich nur zu besonderen Zwecken verläßlich nach Amerika begeben. Den ersten drei Kategorien ist gefügt, ihre Eltern oder Geschwister mitzunehmen, wenn diese nachweislich zu ihrem Haushalt gehören. Wer sich durch gilte Reisepasspapiere (amerikanischen Bürgerchein, Pass oder Bergl) nicht zur ersten oder zweiten Kategorie gehörig ausweisen kann, hat in Preußen vor der Abfahrt beim amerikanischen Consulat eine ehrliche Auslage zu machen, worüber ein Certifikat ausgestellt wird. Für Kategorie 3 und 4 ist dieses Certifikat durchaus erforderlich.

Deutsches Reich.

Berlin. 30. November. Die Steuervorlagen werden, wie wir hören, Mitte nächster Woche im Reichstag eingehen. Man will diese Vorlagen abwarten, bevor in die erste Beratung der Militärvorlage eingetreten wird, was unmittelbar darauf geschieben soll. — Der Deputenanspruch ist ebenfalls erst nach Reisjahr zur Verhandlung kommen. Im parlamentarischen Kreise glaubt man nicht, daß er eine Mehrheit finden wird, wenn es überhaupt zur Abstimmung kommt. Bei den Conservativen sowohl wie bei den Freisinnigen soll mit Rücksicht auf die Stimmung der Wähler wenig Neigung herrschen, dem Antrag zuzustimmen. Auch von der Regierung glaubt man nicht, daß ihre ablehnende Stellungnahme sich in neuerer Zeit geändert habe. — Der Ueberstand der durch die großen Beratungen übermäßig in die Länge gezogenen Sessionen macht sich u. A. auch in der Mithaltung der Entscheidungen des Bundesrats auf. Beschlüsse des Reichstags gelten, welche jetzt erst für die ganze fast zweijährige Session erfolgt. Das erste empfangen wir amtliche und authentische Nachricht über die Schiffsschiffen der Reichstagsabgeordneten im Bunde. So ist der Beschluß des Reichstags, die schädliche Eintheilung der in Südländern auftauchenden Reichsfragen dem Reichsrat zu übertragen, bereits am 12. Juni 1890 gefaßt und im December 1890 vom Bundesrat abgesetzt worden; jetzt erst erfolgt amtliche Mithaltung darüber. Und so nos bei verschiedenen anderen Anträgen und Resolutionen. Besiegelt wird jetzt auch die Ablehnung des Antrags auf Diätenzahlung an die Reichstagsabgeordneten, die am 7. Juli 1892 vom Bundesrat beschlossen wurde. Der Antrag wird in der diesmaligen Session wohl schwerlich wieder aufgenommen werden.

II Berlin. 30. November. Die diesjährige Weihnachtszeit ist die erste Feierstagszeit, auf welche die mit dem 1. Juli d. J. in Kraft getretenen Bestimmungen des letzten Gewerbeordnungsgesetzes über die Sonn- und Festtagsschuhe im Handelsgewerbe Anwendung finden. Für die Fest- und nemantliche die Weihnachtszeit werden die gesplittenen und Verwaltungsbestimmungen auf diesem Gebiete den sonst zur Anwendung kommenden Vorrichtungen erheblich ab. Zuächst ist zu beachten, daß am ersten Weihnachtstag, der in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, Gebliebene, Feierlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe überhaupt nicht

beschäftigt werden dürfen. Hat das Gesetz auf der einen Seite für den ersten Weihnachtstag eine Verhinderung der sonst gültigen Vorrichtungen vorgesehen, so hat es auf der andern Seite eine Widerkunft vorgesehen. Es ist anderthalb im Gesetz festgesetzt, daß für zwei letzten vier Wochen vor Weihnachten, in deren Beginn wie uns befinden, die Polizeibehörden eine Vermeidung der Stunden, während welcher die Beschäftigung stattfinden darf, bis auf 10 Stunden zu lassen dürfen. Was die Verhinderung dieser 10 Stunden über die betreffenden Sonntage anlangt, so hat die ministerielle Anweisung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 10. Juni 1892 für Brüder bestimmt, daß die Beschäftigung in der Regel nicht über 6 und niemals über 7 Uhr Abends hinaus zugelassen ist. Es ist demnach immerhin möglich, daß den Geschäftsinhabern, welche auf die Ausübung namentlich des letzten Sonntags vor Weihnachten, gegen Werth legen, von der Polizeibehörde die Beschäftigung ihres Personals bis 7 Uhr Abends gestattet wird.

— Der Kaiser wohnte heute noch einer Jagd in Pless bei und trat Abends sie Rückreise nach Berlin an. — Am 7. December reist der Kaiser nach Hannover. Er bleibt dabei am 7. und 8. für den 9. und 10. December sind Jagden in Springe in Aussicht genommen.

— Bei der Kaiserin und Dienstboten Abend zu Ehren des Großfürsten und der Großfürstin Blaibitz eine größere Absatzzeit hat, an welcher nach Berlin und Prag und Gräflichem Kosopl und Herzog von Sachsen-Altenburg das Festmahl stattfindet. Die beiden Könige und Herzöge sind an dem Festmahl teilzunehmen, wenn die Hochzeit der Kaiserin und Herzogin Johanna von Sachsen-Altenburg stattfindet. Einzig Herzog von Sachsen, Erbprinz und Erbprinzessin zu Solberg-Wernigerode, der Reichskanzler Graf v. Caprivi, der russische Hochzeit Graf Schonowitsch und Gemahlin zu Thiel zählen.

— Schon seit längerer Zeit ist ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, welcher die Ausdehnung der Unfallversicherung nach Gegenstande hat. Im derselben wird auch, wie dem Reichstage neuerdings mitgetheilt ist, die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Belegschaften der Eisenbahngesellschaften, sowie auf die Insassen der Gefangen-, Befreiungs-, Armen- und Krankenanstalten geplant.

— Am Dienstag fand eine Sitzung des Verwaltungsrathes der südwürttembergischen Colonialgesellschaft statt, in welcher ein Antrag der Herren Schäfer und Gossens, der Inhaber der vierzehnten Damaraland-Gesellschaft, vorlag, ihnen die der Gesellschaft gehörigen Objekte nördlich des 20. Breitengrads beabsichtigt Gründung einer deutsch-englischen Gesellschaft abtreten. Der Antrag wurde vom Verwaltungsrath einstimmig abgelehnt. Dagegen wurde die Abtretung des Autobus-Landes an den Ingenieur Scheibmeier beschlossen.

— Die erste Expedition der südwürttembergischen Compagnie in den „Hamburger Hof“ folgte, in der Walfischkai angelommen.

— Unter die preußischen Bibliotheksbeamten bringt die „Neue Preuß. Zeit.“ Mitteilungen, von denen besonders diejenigen über die geplante Umgestaltung der Vorbildung vorher Beamten verdienen, auch weiteren Kreisen bekannt gegeben zu werden. Das genannte Blatt schreibt:

„Wer habe häufig unter einem Heimweh auf die anerkannte thüringische Lage der preußischen Bibliotheksbeamten den Mund ausgeschworen, daß hier doch im nächsten Jahr gesucht werden möchte. Wie wir hören, wird im Januar und im Februar nächsten die Staatsbibliothek, die Gehobenheitsstube jener Beamten, denen der Leiter an den höheren Schulen analog zu setzen, prinzipiell erneuert. Das ist in diesen Jahren besonders geeignete Bindungslage mit der Schule tragen, wenn nicht schon im nächsten Jahr die volle Durchführung dieser Regulierung, zu der eine 50000 Mark nötig sein dürften, gelingt, sondern zunächst offen die kostspielige Hilfskosten in ihrem Einflussraum ganz beseitigt werden sollen.“

Da nächstes Jahr mit einem durch einen Ertrag des Galionsmaars die Fortbildung der Bibliotheksbeamten neu geschafft werden, Befreiung für diese Beamten wird das Akademientum eines Gymnasiums sein, da latenter und geistige Gehobenheit ausschließlich hat. Sodann soll gefordert werden, neben der Doctorpromotion die Ablegung der ersten juristischen oder theologischen Prüfung oder das Beitreten des medizinischen oder philologischen Staatsseminars. Auf diese Weise sollen die Beamten zu einer zweijährigen unvollendetem, probeweise Beschäftigung gezwungen werden, nach deren Abschluß müssen sie sich eine bibliothekarisch-technische Prüfung unterwerfen müssen, in der auch einige Praktiken der englischen Sprache gefordert werden sollen. Von der zweijährigen Probezeit kann entbunden werden, wenn ein Jahr lang in Göttingen speziell Bibliothek-Wissenschaften studiert hat, wo ebenfalls ein besonderer Lehrstab dafür (Professor Dr. Dopke) besteht. Nach beendeten Jahren bleiben die zumutbarsten Assistenten noch unehelabel, bis sie in eine vacante Hilfsstellenstube eintreten. Dieser Titel — analog dem der Qualität — verhindert zumindest für definitiv angestellte Beamte, die sonst jährlings als Canibus praktizieren werden sollen, belosserlich zu sein, ebenso wie ihnen, wenn sie sich jährlings Siedler nennen, nicht unter ihnen, etwa bis zur halb jährlings Siedler, werden den Titel „Bibliothekar“ erhalten.“

III Berlin. 30. November. Die diesjährige Weihnachtszeit ist die erste Feierstagszeit, auf welche die mit dem 1. Juli d. J. in Kraft getretenen Bestimmungen des letzten Gewerbeordnungsgesetzes über die Sonn- und Festtagsschuhe im Handelsgewerbe Anwendung finden. Für die Fest- und nemantliche die Weihnachtszeit werden die gesplittenen und Verwaltungsbestimmungen auf diesem Gebiete den sonst zur Anwendung kommenden Vorrichtungen erheblich ab. Zuächst ist zu beachten, daß am ersten Weihnachtstag, der in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, Gebliebene, Feierlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe überhaupt nicht

rückhaltung für den Empfang der Braut, wenn die Stunde der Hochzeit gekommen bat.“

„Und wann soll denn die Hochzeit stattfinden?“

„Der Tag ist noch nicht bestimmt; doch der Graf, der anfangs sehr zurückhaltend war, wird jetzt alle Tage härter gegen seine Braut; mir scheint's indeß, als ob seine Fräulein sie königlich, und ich sehn's ihr nicht übel. Seide das auch seine Hochzeit jagen werden.“

„Das ist wohl kaum möglich“, verzweigte Basilio, „in Dein Gefühl hat er sich mit Schrammen und Beulen gehörig eingeschneidet.“

„Er war ja immer bestig und wild ... doch in letzter Zeit töbt er auch gegen unsichtbare Geister, schreit und schimpft, wenn er allein im Zimmer ist oder allein durch den Park geht. Realisch daß er einen starken Blut von unsichtbaren Feinden abgebrochen, schwang ihn drohend in der Hand und stieß ein Krüppelzeug aus wie eine Kettensäge. Wenn er aber keine solchen Hass hat, dann kann er wieder recht herzig und gut sein ... sonst würde Grafenlin Wörth verweigern müssen. Es ist der Trost, daß er ein edles, gesünderliches Herz hat; sie betrachtet ihn als einen Kunden, und wenn sie ihm die Hand fürs Leben reicht, so hat sie eine karmischer Schwester, die glaubt, daß auch Mitleid zur Liebe führen kann; doch ich möchte nicht auf diese Brüder treten!“ (Fortschreibung folgt.)

IV Über Luther's Ende. Beranlaßt durch die von dem katholischen Geschichtsschreiber Majone aufgestellte Behauptung, Dr. Martin Luther habe seinem Leben ein gewaltsames Ende gemacht, hat der katholische Religionsschreiber Dr. Wedewer das Ende Luther's zum Gegenstand seiner Studien gemacht und ist dabei zu einem, der Majone'sche Behauptung entgegengestellten Resultat gekommen. Vor wenigen Tagen hat der selbe nun über dieses Resultat im katholischen Seminarium in Wiesbaden Bericht gehalten und u. A. ausgeführt: Am 17. Februar 1546 befand sich Luther seit etwa drei Wochen in seiner Vaterstadt Eisleben, um einen zwischen dem Grafen von Mansfeld und der Bevölkerung, den Bergleuten, entstandenen Streit zu schlichten. Am Abend des 17. Februar 1546 weiltet Luther in Gesellschaft seiner Freunde und war heiter und guter Dinge. Am Morgen des 18. Februar stand er in der Twilight. Was war in jener Nacht geschehen? Um diese Frage zu beantworten, citierte Dr. Wedewer einen Brief des Predigers Jonas an den Kurfürsten, sowie die Nachrichten über Luther's Tod von den Grafen Wolfgang und Albrecht v. Mansfeld und Albrecht Faber an den Kurfürsten, sowie einen gemeinsamen Bericht von Jonas, Albrecht Faber und Göring. Bei der Verhöhung dieser Berichte kam Dr. Wedewer zu dem Schluß, daß dieselben Unwahrheiten enthielten. Der Bericht des Jonas erscheine insbesondere um desswegen unrichtig, weil er kein

— Herr v. Rosseföll wird bedauern, wenn seine Freunde nicht die Budgetcommission entsteht werden. Sein Moritz-Gesellschaftsverein in der Fraktion schenkt etwas unbekannt geworden.

— In einem Artikel über die Lage der Landwirtschaft hatte Herr v. Dietz-Daber dem Prof. F. Dahn einige antisemitische Ausführungen angehängt. Prof. Dahn batte sich selbst gegen die ihm in den Mund gelegten Erklärungen verteidigt. Jetzt kommt Herr v. Dietz und erklärt, die von ihm angeführten Ausführungen rührten in der That nicht von Dahn, sondern — von der „Neugierzeit“ her; aber sie behielten auch zu noch ihren Wert. Für Herrn v. Dietz vielleicht, aber für Andere doch nur in so fern, als sie einen neuen Beitrag zu der Art liefern, wie Herr v. Dietz Behauptungen aufstellt.

— Die Publication der Sonderausgabe für den Kreis Zetton, die am 4. December erfolgen sollte, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

— Das Rundschreiben des evangelischen Oberkirchenrats an die Generalsuperintendenten, betreffend das Appolosche Glaubensbekenntnis, hat der evangelische Sekretär D. Richter den evangelischen Militärgeistlichen mit folgendem Beilegwort beigegeben lassen:

— Der Kaiserliche und die übrigen Kirchen gegen das Gesetz, betreffend die Ehe zwischen Christen und Juden, erzielten Damals kein ebenfalls Damals gewesen, welche ihre Männer zum Widerstand gegen das Gesetz aufgerufen und es so zu Fall brachten. — Ein Artikel des „Rennet“ aus Wien, welcher sich mit der französischen Cabinetkriege und parlamentarischen Tage beschäftigt, kommt zu dem Ergebnis, daß unter derartigen Verhältnissen nicht nur vom Abschluß eines russisch-französischen Vertrags keine Rote sein könne, sondern vielmehr die Verbündete beider Staaten zu einander wenden würden. Es wäre ja möglich, daß die Rothschildgruppe entgegengesetzte Interesse abhabe.

* **Vor. 1. December.** (Telegramm.) Von competenten Seiten wird die Mittheilung des Pariser Blattes „Le Journal“ über die 1891 erneuerte Triplealliance als Unwahrheit bezeichnet.

— In einem Artikel über die Lage der Landwirtschaft hatte Herr v. Dietz-Daber dem Prof. F. Dahn einige antisemitische Ausführungen angehängt. Prof. Dahn batte sich selbst gegen die ihm in den Mund gelegten Erklärungen verteidigt. Jetzt kommt Herr v. Dietz und erklärt, die von ihm angeführten Ausführungen rührten in der That nicht von Dahn, sondern — von der „Neugierzeit“ her; aber sie behielten auch zu noch ihren Wert. Für Herrn v. Dietz vielleicht, aber für Andere doch nur in so fern, als sie einen neuen Beitrag zu der Art liefern, wie Herr v. Dietz Behauptungen aufstellt.

Frankreich.

* **Paris.** 30. November. **Panama-Untersuchungskommission.** Der Directeur eines Speculationsbaues, Thiers, deponierte vor der Commission, da Reichstag bei der Bank von Frankreich 3.900.000 Francs für Rechnung des Hauses eingezahlt habe, so habe diese 27 Weeks von Reichstag eingezahlt. Thiers weigerte sich, die Namen der Empfänger zu nennen; drei Mitglieder der Commission begleiteten in folge dessen Thiers in sein Geschäftsallocal, um die betreffenden Geschäftsnüchte einzusehen. Sie konnten das Geschäft, trotz der Weigerung des Rechtes, die Namen der Empfänger und die Zahl der Checks angeben, den Betrag, sowie die Zahl der checks feststellen; es sind deren 26, davon lauten 2 auf je eine Million. Der Vicepräsident der Commission weigerte sich mit Beifall des Reichstags zu lassen. (V. 26. November)

* **Görlitz.** 30. November. Die „Görlitzer Nachrichten“ erklären das Gericht von dem Rücktritt des Oberpräsidenten von Schlesien und des Regierungspräsidenten Prinzen Handorf für völlig ungründlich.

* **Hamburg.** 30. November. Wie man im parlamentarischen Kreise wissen will, soll der Bau der Herstellung der neuen Bahnhofsanlagen, welche gegenwärtig noch unter der Regierung der Verhandlungen zwischen den beteiligten preußischen Reichsritter und einem Kostenanwand von ungefähr 60 Millionen in Aussicht nehmen. (V. 29. November)

* **Görlitz.** 30. November. Die „Görlitzer Nachrichten“ erläutern das Gericht von dem Rücktritt des Oberpräsidenten von Schlesien und des Regierungspräsidenten Prinzen Handorf für völlig ungründlich.

* **Brüssel.** 30. November. Die Rothschild'schen Münz-Anträge werden im Ausdruck von Nordamerika, England, Frankreich und Italien unterschütt; Deutschland und die Schweiz verhalten sich ganz ablehnend. Österreich erklärt, es werde dem Reichsteile der Wehrzeit beitreten.

* **Paris.** 30. November. In der Koblenzgrube „Horloz“ trat ein partielles Streik ein, der Abends zu einem allgemeinen wurde. Die Zahl der Streikenden beträgt circa 1000.

* **Belgien.** 30. November. Die Rothschild'schen Münz-Anträge werden im Ausdruck von Nordamerika, England, Frankreich und Italien unterschütt; Deutschland und die Schweiz verhalten sich ganz ablehnend. Österreich erklärt, es werde dem Reichsteile der Wehrzeit beitreten.

* **Rome.** 30. November. Der König ließ die fremden Höfe davon berichten, daß er seine sibirische Tochter in aller Stille begegne und deshalb keinen außerordentlichen Gesandten empfangen werde. — Kaiser Wilhelm ließ durch Vermittelung des deutschen Marineattachés, Baron Pleiss, dem Minister des Auswärtigen, Prinz von Bismarck, anlässlich des Todes des Admirals Saint-Georges ausdrücken, daß der Kaiser nicht die Rechte des Thronfolgers an sich gelegt habe. — Debatt besprochen wird hier der sehr selten fall, daß im Senat mit 69 gegen 52 Stimmen die Ernenntung des Deputierten Juccaro zum Senator für ungültig erklärt worden ist. Man sieht darin ein bemerkenswertes Misstrauensbeweis gegen das Cabinet.

— Senat. In Beantwortung einer Interpellation Sant'Elia's wegen der Weizsäcker'schen Wiss. auf die Befreiung der Katholiken des Bistums Brixen, auf die gleichzeitige Befreiung der Katholiken des Bistums Bozen und die Befreiung der Katholiken des Bistums Trient, auf die Befreiung der Katholiken des Bistums Belluno und die Befreiung der Katholiken des Bistums Udine. — Die Katholiken des Bistums Brixen sind nach dem Befreiung der Katholiken des Bistums Bozen und Udine ebenfalls freigegeben worden.

— Senat. In Beantwortung einer Interpellation Sant'Elia's wegen der Weizsäcker'schen Wiss. auf die Befreiung der Katholiken des Bistums Brixen, auf die gleichzeitige Befreiung der Katholiken des Bistums Bozen und Udine.

— Senat. In Beantwortung einer Interpellation Sant'Elia's wegen der Weizsäcker'schen Wiss. auf die Befreiung der Katholiken des Bistums Brixen, auf die gleichzeitige Befreiung der Katholiken des Bistums Bozen und Udine.

— Senat. In Beantwortung einer Interpellation Sant'Elia's wegen der Weizsäcker'schen Wiss. auf die Befreiung der Katholiken des Bistums Brixen, auf die gleichzeitige Befreiung der Katholiken des Bistums Bozen und Udine.

— Senat. In Beantwortung einer Interpellation Sant'Elia's wegen der Weizsäcker'schen Wiss. auf die Befreiung der Katholiken des Bistums Brixen, auf die gleichzeitige Befreiung der Katholiken des Bistums Bozen und Udine.

— Senat. In Beantwortung einer Interpellation Sant'Elia's wegen der Weizsäcker'schen Wiss. auf die Befreiung der Katholiken des Bistums Brixen, auf die gleichzeitige Befreiung der Katholiken des Bistums Bozen und Udine.

— Senat. In Beantwortung einer Interpellation Sant'Elia's wegen der Weizsäcker'schen Wiss. auf die Befreiung der Katholiken des Bistums Brixen, auf die gleichzeitige Befreiung der Katholiken des Bistums Bozen und Udine.

— Senat. In Beantwortung einer Interpellation Sant'Elia's wegen der Weizsäcker'schen Wiss. auf die Befreiung der Katholiken des Bistums Brixen, auf die gleichzeitige Befreiung der Katholiken des Bistums Bozen und Udine.

— Senat. In Beantwortung einer Interpellation Sant'Elia's wegen der Weizsäcker'schen Wiss. auf die Befreiung der Katholiken des Bistums Brixen, auf die gleichzeitige Befreiung der Katholiken des Bistums Bozen und Udine.

— Senat. In Beantwortung einer Interpellation Sant'Elia's wegen der Weizsäcker'schen Wiss. auf die Befreiung der Katholiken des Bistums Brixen, auf die gleichzeitige Befreiung der Katholiken des Bistums Bozen und Udine.

— Senat. In Beantwortung einer Interpellation Sant'Elia's wegen der Weizsäcker'schen Wiss. auf die Befreiung der Katholiken des Bistums Brixen, auf die gleichzeitige Befreiung der Katholiken des Bistums Bo

Großbritannien.

* London, 30. November. Die Regierung hat beschlossen, den gegenwärtigen Generalsekretär auf Jamidat, Sir Gerald Portal, als Commissar nach Uganda zu senden. — Die Königin Victoria genehmigte die Ernennung des Generalmajors Sir George White zum Oberbefehlshaber in Indien an Stelle des von diesen Posten zurückgetretenen Lord Roberts. — Der Wahl in Herford ist wegen Bezeichnung für ungültig erklärt worden. Es ist dies der zweite Tag, welcher der Conservativen seit dem allgemeinen Wahlergebnis in dieser Weise verloren gegangen ist. — Auch der katholische Erzbischof Walsh in Dublin gehört zu den Bimetalistischen. Er glaubt, wenn der Bimetallismus nicht eingeführt würde, so wären die irischen Päpste reicher Leute. Er behauptet, die irischen Abgeordneten schenken der Sache leider keine Aufmerksamkeit. Wenn die Dinge so weiter gingen, wie jetzt, so könne selbst das sonst so vorstellige Lord Ashbourne sein Landes zum Ausland worten. Die Hauptansicht des Hallens der landwirtschaftlichen Produkte liegt in dem bogen Goldwerbe. Die irischen Parteien legten befürchtlich die Befreiung der Päpste auf 15 Jahre fest. Was für schlimme Aussichten hätten die irischen Päpste, wenn ihre Annahme sich in der Zeit stetig verringerte, während sie dieselbe Pacht zu zahlen hätten. Schlimmer noch ist es für Päpste, die ihre Stellen gelassen hätten und in den nächsten 12 Jahren Abzahlungen leisten müssten. Die Frage, die jetzt in Brüssel erörtert wird, liegt der irischen Partei zu Grunde. Bisher habe man sie in Irland leichter nicht in Rechnung gezogen.

Spanien.

* Madrid, 1. December. (Telegramm.) Die Königin in Spanien hatte gestern Abend mit Sagasta eine Unterredung über die schwierige innere Lage, in welche das Cabinet Gávazos geraten ist. Sagasta erklärte seinen politischen Freunden, daß er der Königin unanwenden seine Meinung äußere über die politischen und finanziellen Fehler des Cabinets Gávazos. — Der Minister des Innern Villaverde hat infolge einer Meinungsverschiedenheit über die Frage der Auflösung der Municipalität von Madrid seine Entlassung gewünscht. Die Königin-Regierung unterzeichnete die Ernennung Darvillas, Siegerpräsidenten der Kammer, zum Minister des Innern an Stelle Villaverde's. — Der Bürgermeister von Madrid wird seine Entlassung geben.

Rußland.

* Petersburg, 1. December. (Telegramm.) Aufsehen erregt hier folgender Vorfall: Vier Offiziere des Pavlosfelschen Garderegiments haben sich in Besitzhaltung von Soldaten desselben Regiments befinden und mit ihnen Karten gespielt. Den Offizieren steht eine strenge Disziplinarstrafe bevor. — Der „Vol. Korrell“ wird aus Warschau gemeldet, daß die technischen Vorarbeiten für den Bau einer dritten Weichselbrücke, welche wegen der erweiterten Fortifikationen dringend von dem Festungskommandanten verlangt wird, bemerkbar in Angst geworden werden sollen. — Am Anfang des Kriegsmittwochs sind drei Dragonerregimenter vom Raumaus nach der deutschen Grenze dirigiert worden.

Orient.

* Die Radikalen in Serbien nehmen es der russischen Regierung sehr übel, daß diese ihnen in ihrem Verhaftungsconflicte mit den liberalen Machthabern nicht zu Hause kommt, indem sie sich unmittelbar in die inneren Angelegenheiten des Landes mischt. Das radikale Organ „Mala novina“ veröffentlicht einen heftigen Artikel gegen Anglians und schlägt mit den Worten: „Die Politik Russlands gegen Serbien ist eine Politik des schändlichsten Eunomos, eine wahrhaft cramerbörderliche Kains-Politik“. Bemerklich stehen die Radikalen in Serbien an Hinneinigung zu Russland den Radikalen kaum nach, wenn sie auch vorüberhängen aufzutreten pflegen. — Das Verhalten der russischen Regierung findet somit eine napoleonische Erklärung.

* In der bulgarischen Sobranje ereignete sich ein Zwischenfall, der eine teilweise Ministerkrise zur Folge gehabt hat. Nachdem ein Kredit von 50 000 Francs für die Bevölkerung Bulgarien aus der Ausstellung in Chicago bewilligt worden, sollte das Fabrikmarkenzeichen beraten werden. Hierbei verlangte der Abgeordnete für Philippopol die Anerkennung des finanzministerialen Ratsherrn, der das Zeichen eingebracht hatte. Von der Sobranje eingeladen, den Abgeordneten zu vertreten, weigerte sich Ratsherrn, in der Sobranje zu erscheinen, worauf Istanbul den Gesetzentwurf verwarf. Infolge dieses Zwischenfalls hat der finanzministerialen Ratsherrn sein Entlassungsgesuch eingereicht, das durch letzte Auslassungen eines Philippopeler Blattes gegen Ratsherrn hervorgerufen sein soll. Es liegen in dieser Angelegenheit folgende neuzeitliche Telegramme vor:

* Sofia, 30. November. Der Prinz Ferdinand hat die Demission des Finanzministerialen Ratsherrn angenommen. Der Prinz und die Kollegen des finanzministerialen Kabinetts sind wiederholt bemüht, Ratsherrn zur Zurückziehung seiner Entlassungsforderung zu bewegen. Ratsherrn befand jedoch auf den Demissionen, auch namentlich in der „Sobranje“ veröffentlichter Artikel die Insinuation des „Malaf Berlitz“, daß Ratsherrn gegen die liberale Partei und gegen Stamboloff Räude schmeißt, jüngstgeworden und die correcte Haltung des Finanzministerialen hervorgerufen hätte.

* Sofia, 30. November. Der heutige Sitzung der Sobranje machte Ministerpräsident Stamboloff von dem Konsulat und Botschaftsamt jeder rechtlichen Arbeit, Wahrung berechtigter Interessen, das sind die oberen Grundlagen, welche die Deutsche Consulatur auf ihre Jahre präpariert hat.

Parlamentarische Regelung ihrer inneren Einrichtungen einzelne.

Die confessionelle kirchliche Volkskirche erwähnt mit für die Gründung der Volkskirche und für die wichtige Kirchlichkeit gegen die zunehmende Versilberung der Münzen und die fortwährende Auflösung älter geistlicherlichen Güter.

Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und fortwährenden jüdischen Einfluß auf unser Volk.

Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehre für christliche Schüler.

Wir verneinen die Ausschließungen des Antijudaismus.

2) Wie wollen die unter Bismarck gewonnene Einheit auf dem Boden der Reichseinheit in nationalen Sinne stärken und ausbauen. Wir wollen, doch innerhalb dieser Einheit die gerechte Seelsorgegleichheit und Eigenart der einzelnen Staaten und Stämme gewahrt werden.

Wie wollen in Preußen, Kreis und Gemeinde eine Selbstverwaltung erhalten, gegenseitig nicht auf das allgemeine Wahlrecht, sondern auf die natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volkes.

3) Wie wollen die Monarchie von Gottes Gnaden unangefochten erhalten müssen und bestimmt, daß die geistliche Freiheit für alle und bei gleicher Bevölkerung der Nation an der Spitze gebangt, jeden Beruf, die Monarchie zu Gunsten einer parlamenterischen Regierung zu stellen.

4) Wie können wir eine soße Wehrbildung unserer öffentlichen und privaten Artheit als innerhalb erachteten, welche auf den reuen und gesetzlich gerechten Grundlagen ruht, den Behörden der Regierung gerecht und damit die Sozialität unserer gewannten politischen, sozialen und geistigen Entwicklung haben.

5) Wie erreichen, das das neue bürgliche Gelehrten von deutlich-nationalen Rechtsprinzipien geprägt werden.

6) Wie die geborenen Parlamenterialisten öffentlichen Aussagen in Reich und Staat mehr als zur Erhaltung der wirtschaftlichen Weisheit und der Sicherheit des Volkes.

7) Wie leben in der vollen Wehrkraft des deutschen Volkes eine unerlässliche Bedingung für die Wiederherstellung der Nation und für die Erhaltung des Friedens.

8) Wie leben auf dem Boden der Altenbeken'schen Volkskraft vom 11. November 1881, welche die Grundlage des praktischen Christentums in der Erhaltung zur Welt bringt.

9) Wie auf Grund dieser Volkskraft erforderliche Weise, betrifft die Errichtung von Krankenanstalten, die Bevölkerung gegen Unfälle und die Kapitalitäts- und Alterver sicherung bedürfen der Berücksichtigung.

10) Wie leben auf dem Boden der Altenbeken'schen Volkskraft von 11. November 1881, welche die Grundlage des praktischen Christentums in der Erhaltung zur Welt bringt.

11) Wie erreichen eine Erhaltung des Erb- und Familienrechts, welche die Erhaltung eines fröhlichen Bauernlandes gewährleistet.

12) Wie erreichen eine Erhaltung der Erb- und Familienrechts, welche die Erhaltung eines fröhlichen Bauernlandes gewährleistet.

13) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

14) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

15) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

16) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

17) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

18) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

19) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

20) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

21) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

22) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

23) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

24) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

25) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

26) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

27) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

28) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

29) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

30) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

31) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

32) Wie erreichen eine zweifachenheimliche Heimkunst-Gesellschaft für den kleinen Grundbesitz und die Überführung der auf dem Grundbesitz ruhenden Hypothekar-Bewohnung in ein amortisierende Renten-Schuld einsetzte.

genommen?

— Zeuge: Der Angeklagte, er sagt, daß die Sache der Kirchenministerialen unterschieden werden sollte und er Material beschafft soll.

— Der Zeuge erklärt weiter, daß er für ein Gespräch und für eine ebensolche Verhandlung mehr von dem Angeklagten, noch von anderer Seite Geld oder Entschädigung erhalten habe. Er hat aber von dem Entlastungskomitee einen Betrag gegeben, daß dieser 250 A für Versorgung eines Geschäftes erstanden habe.

— Zum Angeklagten bestand der Zeuge, daß der Angeklagte ihn bei der Verhandlung weder direkt noch indirekt bestimmt habe, irgend bei der Wiedergabe zu blieben und nicht an einer Stelle davon abzuweichen, auch vorher sich genau zu präzisen.

— Der Angeklagte habe dann gesagt, daß die Sache als Kirchenministerialen gehen solle und daß, falls die Tatsachen der Kirchenministerialen überzeugen würden, dannen nicht公然 werden sollten.

— Angeklagter: Es,

als alle die Entlastungswungen abholte seine Arbeit befreit

tonnen und ich mit meinen Männern man diese Zeugen aus Berlin hinzuholte, habe ich, um diese Zeugen hier zu behalten, kleines Geld, welches ich außerdem kannte, hingegeben. So kann man nicht bis 250 A, sondern noch ein Leistungsnachtrag erhalten habe.

— Der Zeuge erklärt weiter, daß der Angeklagte mit dem Geschäft nicht begreift habe, was der Zeuge mit der in einer ebensolchen Verhandlung entstandenen Behauptung gemeint hat, daß die Kirchenministerialen überzeugt seien, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

— Der Zeuge bestätigt, daß der Angeklagte die Kirche mit dem Geschäft getreulich gemacht habe.

